

Margit Mayer

Die deutsche Neue Linke im Spiegel der USA¹

Das 25jährige Jubiläum von '68 hat, wieder einmal, Debatten darüber ausgelöst, was die »geliebte Revolution« (Daniel Cohn-Bendit) für die deutsche Gesellschaft bewirkt habe. Antiautoritäre Impulse der Revolte seien angenommen worden, die Gesellschaft habe sich - endlich - liberalisiert, behaupten die einen. Die Institution der Familie sei zerstört worden, in den Schulen würde nun Erziehungsdiktatur betrieben, und letztlich sei diese Neue Linke für das Aufkommen des Rechtsextremismus verantwortlich, behaupten die anderen.² Diese polarisierte Einschätzung der 68er Erbschaft reflektiert selbst noch einmal die deutschen Besonderheiten eines damals weltweiten Protests, die jedoch nur im Vergleich mit anderen »68er Bewegungen« deutlich in den Blick kommen.

Dieser Beitrag versucht, über einen Rekurs auf die US-amerikanischen »Sixties« und deren Folgewirkungen einen Außenblick auf die deutsche Situation zu gewinnen. In beiden Gesellschaften prägt das Erbe von '68 die aktuelle politische Kultur und die Art der gegenwärtig geführten Auseinandersetzungen. Daß dies in recht unterschiedlicher Weise geschieht, wirft Fragen auf, die in der »borniert« deutschen Diskussion nicht so leicht entstehen.

Im Anschluß an eine kurze Skizze der amerikanischen 'Sixties Movements', die den Blick weitet für andere mögliche Entwicklungspfade des 68er Aufbruchs, wird der Vergleich vor allem auf die Wirkungen der unterschiedlichen politischen Chancenstrukturen bezogen: die relativ offenen Strukturen und die zunächst liberalen Machträger bewirkten eine recht andere (auf amerikanische Werte bezogene) Orientierung und eine viel allmählichere Radikalisierung als die relativ geschlossene Chancenstruktur

1 Dieser Beitrag wurde in der vorliegenden Form durch eine Reihe von Gesprächen mit Roland Roth möglich, dem ich an dieser Stelle herzlich danke.

2 So zum Beispiel jüngst wieder Joachim Fest und Richard Hentschke auf der Bilanzveranstaltung »1968 - Absichten, Erfahrungen, Auswirkungen« des Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, 4./5.Juni 1993.

der Nachkriegs-BRD. Während der Hochphase sowie in den Folgejahren wird das Ereignis und seine gesellschaftliche Wirkung auch höchst unterschiedlich interpretiert: die bescheidenere Deutung, die in den USA z.T. wegen der Tradition legitimer Koexistenz von sozialen Bewegungen neben politischen Parteien möglich ist, läßt die hierzulande üblichen Deutungen als überzogen und auch hiesiger Realität nicht adäquat erscheinen. Und schließlich erlaubt der Vergleich, die Rolle der Ex-AktivistInnen selbst beim Zustandekommen der spezifisch deutschen Mythologisierung der 68er Bewegung zu beleuchten.

Die Sixties in den USA

Während die außerparlamentarische Linke in der Bundesrepublik ihre höchste Mobilisierung in den kurzen Jahren 1967-68 erfuhr, begann die Bürgerrechts- und Studentenbewegung in den USA bereits 1956 bzw. 1958 und dauerte ununterbrochen bis 1972 an. In diesen 14 bzw. 16 Jahre waren obendrein nicht nur die Studenten und Bürgerrechtler aktiv, sondern gleichzeitig - und zum Teil in Verbindung mit diesen beiden Bewegungen - seit 1965 auch die Farm Workers und die Friedensbewegung, ab 1966 die Puerto Ricaner, die 'Welfare Rights'- und die 'Black Power'-Bewegung, 1967 kam die Ökologiebewegung hinzu und trat die Frauenbewegung in ihre militante Phase. Zwischen 1965 (dem Jahr des ersten großen Ghetto-Aufstands in Watts) und 1968 (dem Jahr der Tet-Offensive) erlebte auch die Gegenkultur ihre Blüte in und um die amerikanische Bewegungsszene. Eine kurze Liste von Ereignissen aus der frühen Phase der sog. »Sechziger Bewegung« illustriert, daß es in der amerikanischen Bewegung nicht nur um die Belange der Studenten und den Vietnamkrieg ging³:

1957-58: Progressive Studentenparteien werden auf den Universitäts-Campussen gegründet (SLATE in Berkeley, andere in Chicago, Oberlin, Michigan, Columbia).

1958-59: Großdemonstrationen in Washington für Segregation der Schulen: 1958 marschieren 10.000 und 1959 30.000 Menschen.

1959: Die pazifistische studentische Friedensbewegung wird gegründet, die Zeitschrift *Studies on the Left* erscheint erstmals.

1960: Sit-ins, Großdemos sowie lokal initiierte Demonstrationen zur Unterstützung der Sit-ins im Süden finden auf Universitäts-Campussen im Norden und Westen statt; In San Francisco findet eine Großdemonstration aus Protest gegen die Todesstrafe für Caryl Chessman statt; das Student Nonviolent Coordinating Committee wird gegründet; 68 Studenten werden

3 zusammengestellt aus den Chronologien bei Massimo Teodori 1969 und Sale 1973.

in Protestdemonstrationen gegen das House Un-American Activities Committee in San Francisco verhaftet; Tausende von Studenten besuchen Castros Kuba.

1961: die 'Freedom Rides' beginnen, an den Universitäten finden Demonstrationen gegen die Invasion Kubas, Protestaktionen gegen das 'bomb shelter'-Programm und Mahnwachen gegen die Atomwaffen-Tests statt. Im gleichen Jahr wird erstmals ein 'civil rights worker' ermordet; die Mitgliedschaft bei 'Students for a Democratic Society' steigt sprunghaft an. Im Herbst und Winter 1964 galvanisiert das Free Speech Movement in Berkeley Tausende von Studenten und brachte den Normalbetrieb der University of California zum Stillstand. Auch nach der Eskalation des Vietnamkriegs (ab Februar 1965) bezogen sich die von der Bewegung aufgegriffenen 'Issues' keineswegs ausschließlich auf den Krieg.

Kennzeichnend für diese vielfältigen Bewegungen war, daß sie nicht so sehr *gegen* die USA, ihren Staat und ihre Institutionen mobilisierten, sondern vielmehr *für* die Anwendung der genuin amerikanischen Prinzipien auf alle, d.h. auch auf bislang ausgeschlossene soziale Gruppen. Sie konnten am demokratischen Versprechen und den libertär-kommunitären Traditionen des Amerikanismus anknüpfen, wie dies im *Port Huron Statement* des amerikanischen SDS von 1962 auch explizit getan wurde,⁴ und deren Verwirklichung für Minoritäten und Studenten einklagen. Die zentrale Forderung im Port Huron Statement war nicht die nach Sozialismus, sondern »participatory democracy« in allen gesellschaftlichen Bereichen. Auch äußerlich waren die Aktivisten dieser frühen Jahre keine Außenseiter: sie trugen, ähnlich wie zunächst auch hier, noch kurze Haare, ordentliche Jacketts und Krawatten. Als Mario Savio auf dem Berkeley Campus im Zusammenhang einer Demonstration des Free Speech Movement verhaftet werden sollte, das Polizeiauto aber von Studentennmassen umringt wurde, kletterte er auf das Dach des Polizeiautos um eine Rede zu halten - nicht ohne sich vorher die Schuhe auszuziehen! Das Gegenüber dieser Bewegung waren die Demokraten im Staatsapparat, Liberale also, von denen Re-

4 1960 unternahmen einige Alt-Linke (darunter Michael Harrington) den Versuch, ihre »League for Industrial Democracy« zu revitalisieren, indem sie ihr eine studentische Organisation beordneten. Diese wurde 1961 von einigen radikaleren Studenten übernommen, die versuchten, eine eigene Identität gegenüber der sozialistischen Elternorganisation für sich zu definieren. 1962 trafen sich 59 Mitglieder von einem Dutzend Campuse mit Harrington in einem gewerkschaftlichen Konferenzzentrum in Port Huron in der Nähe von Detroit, wo sie nach langen Diskussionen ein 64-seitiges Statement (in großen Teilen von Tom Hayden geschrieben) verabschiedeten. Dies wurde so etwas wie ein Manifest der amerikanischen Neuen Linken. Vgl. »Port Huron: Agenda for a Generation,« Abdruck und Kommentare nach 25 Jahren von ehemaligen Teilnehmern (Richard Flacks, Jim Hawley, Michael Harrington, Barbara Haber) in *Socialist Review* vol. 17 no. 3 & 4 (May-August 1987), S.105-166.

formen durchaus erwartet wurden. Präsident Kennedy hatte soeben erst »the best and the brightest« ins Weiße Haus geholt (McNamara, McGeorge Bundy), dessen Türen offen waren für Eingaben der rebellischen Jugend. So fand SDS-Präsident Todd Gitlin Einlaß ins Weiße Haus, traf sich dort mit McGeorge Bundy im National Security Council, um die Vorstellungen und die Kritik der Students for a Democratic Society zu vermitteln. In vielerlei Hinsicht gab es in den USA also Formen von Dialog und nicht, wie in der BRD, die abgeschottete Regierung einer Großen Koalition.

Die einzigen Gruppen, die in dieser frühen Phase bereits Erfahrungen von Enttäuschung und Verrat machten, waren die Bürgerrechtsorganisationen im Süden, vor allem SNCC (Student Nonviolent Coordinating Committee), da die inzwischen gesetzlich garantierten politischen Rechte schwarzer Bürger in Staaten wie Mississippi am aggressiven Rassismus weißer Bürger scheiterten. Diese Erfahrungen führten zur Organisation der Freedom Summers, in denen Tausende weißer Freiwilliger von den Universitäten des Nordens in den Süden aufbrachen, um schwarze Wähler zu registrieren, d.h. ihr Wahlrecht auch faktisch durchzusetzen.⁵ Sie führten auch dazu, daß hier die Wendung zu Militanz (und 'black power') eher vollzogen wurde als bei den Weißen.

Doch auch die Enttäuschung der idealistischen Studenten, die an die Reformfähigkeit der Liberalen geglaubt hatten, blieb nicht aus.⁶ Die Abkehr von den gewaltlosen Strategien und ursprünglichen Visionen setzte bei den Students for a Democratic Society nach der ersten großen Antikriegsdemonstration von 1965, bei der Bürgerrechtsbewegung nach dem Mississippi-Sommer von 1964 und dem Selma March von 1965 ein. Dennoch wird meist erst 1968 als Wendepunkt in der Form der Konfrontationen angesehen: in diesem Jahr gab Präsident Johnson auf, zur Wiederwahl zu kandidieren; Martin Luther King sowie Robert Kennedy wurden ermordet; mit der Tet-Offensive eskalierte der Krieg in Vietnam; an der Columbia University brach die Revolte aus: der Campus wurde besetzt - und die Revolte wurde niedergeschlagen. Im August kam es zu massiver Gewalt in den Straßen Chicagos anläßlich der 'Convention' der Demokratischen Partei.

Die Stimmung war umgeschlagen, die Konfrontationen zwischen der Bewegung und ihren Adressaten wurden zunehmend militanter; die wiederholten Erfahrungen der Reformunfähigkeit führten dazu, daß Universitäten und staatliche Institutionen zunehmend als 'Machtsstrukturen' begriffen und als 'the system' abgelehnt wurden. Auf der anderen Seite begann dann

5 Auch sie erfuhren brutale Attacken und Verfolgungen; Tausende wurden verhaftet, viele wurden angegriffen, einige ermordet. Vgl. Doug McAdam 1988.

6 Siehe z.B. Wolin und Schaar 1967.

mit der Machtübernahme Nixons ein wahrhaftiger Kreuzzug gegen die Neue Linke, der bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen mit Nationalgardisten und State Troopers (v.a. in Berkeley und Chicago) auslöste. Im April 1969 wurde der Bau von People's Park auf Anordnung des damaligen Gouverneurs Ronald Reagan in einer einwöchigen Schlacht von County Police und National Guard verhindert. Im September 1969 wurde gegen die 'Chicago Eight' wegen Verschwörung zum Aufruhr verhandelt: die Knebelung und Fesselung des Angeklagten Bobby Seale in öffentlicher Gerichtsverhandlung mußte Assoziationen zur Sklaverei wecken. Dennoch war die Periode von 1968 bis 1970 (als vier weiße Studenten, die gegen die Invasion Kambodschas demonstrierten, an der Kent University von National Guard erschossen wurden und ein breiter studentischer Streik folgte), gemessen an Ausmaß und Intensität der Beteiligung an Aktionen und Demonstrationen, die erfolgreichste - was in der amerikanischen Geschichtsschreibung aber nicht unbedingt positiv vermerkt wird. In den zahlreichen Interpretationen der amerikanischen 60er Bewegung⁷ wird die frühe Phase der Neuen Linken und Bürgerrechtsbewegung zumeist positiv der militanten und 'verrückten' Phase der Spät-60er gegenübergestellt, während der sich die Neue Linke selbst zerstört habe: durch mangelnde Selbstdisziplin, ausufernde Militanz, und mit Orgien gegenkultureller Selbstbefriedigung. Die frühen Jahre der Bewegung, als die Aktivisten - oft unter hohem persönlichen Einsatz und großem Risiko - noch meinten, sie könnten die amerikanischen Verhältnisse mit den amerikanischen Idealen in Einklang bringen, als es noch so aussah, als könnte der amerikanische Liberalismus auf die Forderungen nach rassistischer Gleichheit und Beendigung des Krieges eingehen, lösen in der heutigen Beschäftigung mit den Sixties allenthalben Bewunderung und Respekt aus. (Damals wurden die Aktivisten allerdings heftigst von Konservativen, aber auch Liberalen und traditionellen Linken vor allem wegen ihres Anti-Antikommunismus attackiert). Die heute weit verbreitete Verurteilung der späteren Jahre, basierend auf der Kritik an ausufernder Militanz und am Zusammenbruch des SDS als Organisation, unterschlägt jedoch, daß die Hinwendung zu militanteren Aktionsformen eine deutliche Reaktion auf das Zögern der Bundesregierung war, das Wahlrecht der Schwarzen faktisch zu schützen, auf die Eskalation rassistischer Übergriffe und die Ausweitung des Vietnamkriegs, sowie auf die Eskalation staatlicher Gewalt, die mehr und mehr auch die weißen Studenten des Nordens (seit dem Free Speech Movement) zu spüren bekamen. Sie unterschlägt vor allem die bankrotte Rolle, die die Liberalen gespielt ha-

7 Wie z.B. Todd Gitlin 1987; James Miller 1987; Maurice Isserman 1987; Jo Freeman 1983.

ben. Die zunächst idealistischen Aktivisten mußten erfahren, daß die Machthierarchien nicht daran interessiert waren, die amerikanische Gesellschaft gerechter und demokratischer zu gestalten. Erst diese Desillusionierung radikalisierte viele von ihnen. So schreibt Mary King, eine Beteiligte, in ihrem Buch über die Bürgerrechtsbewegung (1967): »America has broken the hearts of the young idealists of SNCC.«⁸ Der damalige SDS-Vorsitzende Carl Oglesby meinte 1965, falls seine Kritik an der Regierungspolitik gegenüber Vietnam anti-amerikanisch erscheine: »Don't blame me for that! Blame those who mouthed liberal values and broke my American heart.«⁹

Es ist sicherlich richtig, daß der Versuch des amerikanischen SDS, eine breite Massenbewegung in eine strategisch effektive *nationale Organisation* zu überführen, gescheitert ist. Aber eine auf die Organisation beschränkte Analyse übersieht die Wirkungen der Bewegung auf die alternative Politik der 70er und 80er Jahre: 'participatory democracy' wurde in den nachfolgenden sozialen Bewegungen groß geschrieben; 'direct action' und 'putting your body on the line' - Politikformen wie sie von SNCC, der Neuen Linken, und den Kriegsdienstverweigerern initiiert worden waren - wurden von der neuen Frauenbewegung, der Umwelt- und Antinuklearbewegung aufgegriffen und weiterentwickelt, häufig sogar in personaler Kontinuität. Was Gitlin u.a. in ihren Einschätzungen der 'Sixties' abwertend als »expressive Politik« bezeichnen (»the personal is political«, also das moralische, existentialistische, und nicht unbedingt sozialistische treibende Element in der Bewegung), das angeblich zur selbstzerstörerischen Konfrontation und schließlich zum Niedergang der Bewegung geführt habe, lebt weiter in den neuen Frauen-, Friedens- und Ökologie-Bewegungen, die sich bewußt an den anti-hierarchischen Organisationsformen der 60er Bewegungen orientieren, an ihrer Kritik an Führerfiguren und Machtkonzentration, und die versuchen, 'participatory democracy' bereits heute in ihren Organisations- und Aktionsformen zu *leben*.

Vergleich mit der Bundesrepublik

Obwohl die deutsche Debatte meist sehr auf das Jahr 1968 fixiert ist, hat die Bewegung doch auch hier eine, wenn auch kürzere, Vorgeschichte. Ostermärsche gegen die Atombewaffnung (seit 1959), der Ausschluß des SDS aus der SPD (1961), die Schwabinger Krawalle (1962), und seit Anfang der 60er Jahre die 'Subversive Aktion' markieren die Vielfalt einer

8 zitiert in Breines 1988, S. 538.

9 zitiert in Breines 1982, S. 22.

sich bildenden Protestszene, die sich erst 1966 zur außerparlamentarischen Opposition bündelte.¹⁰ Denn mit der Großen Koalition war jede parlamentarische Opposition entfallen, Opposition gab es in der nun einsetzenden Mobilisierungsphase nur noch außerhalb der zentralen politischen Institutionen. Diese - keineswegs nur sozialistisch orientierte - Opposition richtete sich gegen die formierte Gesellschaft Erhards und das höchst restriktive Demokratieverständnis, das trotz demokratischem Verfassungsanspruch in der BRD vorherrschte.

Neben dieser klaren Trennungslinie, die alle Opposition in der BRD in das außerparlamentarische Feld verwies, unterschieden sich die deutschen Demokratisierungsforderungen der damaligen Zeit von den amerikanischen noch durch ihre zusätzliche explizit antifaschistische Dimension. In Deutschland war diese Generation die erste, die mit der Auseinandersetzung mit dem Nazi-Erbe tatsächlich ernst gemacht hat, und die gegen die sichtbar werdenden faschistischen Traditionslinien ankämpfte. Hohe NPD-Wahlerfolge einerseits und repressive staatliche Maßnahmen wie die Notstandsgesetze andererseits ließen sie, sehr zu recht wie sich heute zeigt, Angst vor einer Regression in Nazi-Zeiten haben.

Diese deutsche Ausgangssituation sorgte für einen doppelten Bruch, der die hiesige 68er Generation prägte. Während viele der US-AktivistInnen Kinder Alt-Linker bzw. kommunistischer Eltern waren, die auch ihre Erfahrungen von Opposition gegen den amerikanischen Mainstream weitergegeben hatten,¹¹ begriff sich die deutsche Neue Linke eher im Generationenkrieg mit ihren Eltern. Obendrein fand sie kaum eine Arbeiterbewegungstradition vor, so daß sie in jeder Hinsicht neu ansetzen mußte: ihre Theorie, ihre Aktionsformen, alles erfand sie neu bzw. importierte wichtige Elemente aus der amerikanischen Bewegung.¹²

Diese AktivistInnen fanden, im Gegensatz zu ihren amerikanischen KollegInnen, keinerlei offene Türen, und es entwickelte sich folglich kein (wie immer manipulierter) Dialog. Erstaunlicherweise sahen die etablierten Akteure, von Springer bis zu den attackierten Ordinarien, im Diskussionsbedürfnis der Studenten bereits einen revolutionären Akt, sahen in ihrer Kri-

10 Bis 1966 bilden die Ostermärsche den wesentlichen Fokus der Opposition. Entstanden aus der Ein-Punkt-Bewegung gegen Atomwaffen wurden sie zu einer Sammlungsbewegung, die sich (vor allem seit 1965) auch gegen den Vietnam-Krieg und die autoritären Tendenzen im eigenen Land wandte.

11 Vgl. auch die Entstehung des amerikanischen SDS aus der traditionellen und gewerkschaftlichen Linken, s. Fußnote 4.

12 So wurde zum Beispiel »der teach-in« (sic) und die »direkte Aktion« aus Berkeley auf den Kampf gegen die Notstandsgesetze übertragen. Vgl. G.Amendt, »Die Studentenrevolte in Berkeley«, *Neue Kritik* 28, 1965, oder M.Vester, »Die Strategie der direkten Aktion«, *Neue Kritik* 30, 1965.

tik bereits den drohenden Sieg des Sozialismus, und im Einnehmen bestimmter universitärer Positionen durch Linke den Systemwandel vollbracht.¹³ Da in der deutschen Universitätslandschaft Liberale fast vollständig fehlten, prägten diese paranoiden Reaktionen die Form der Auseinandersetzung, was bei den deutschen 68ern zu einer markanten Realitätsverfehlung führte (Oskar Negt sprach von 'Überpolitisierung'): daß die Umwelt ihren Protest derart »ernst« genommen hat, ja gleich zur Revolution umgedeutet hat, trug schließlich auch bei diesen Akteuren zu Fehleinschätzungen und Überreaktionen (und zur eigenen Traditionalisierung) bei.

Auch was die Auseinandersetzung jenseits der Universität anging, entwickelten sich kaum dialogartige Interaktionen. Die deutsche Studentenbewegung protestierte gegen die wieder heraufziehenden antidemokratischen Tendenzen (Notstandsgesetze und Demonstrationsverbote) und gegen die Refeudalisierung der Parteien und Medien. Dabei stieß sie auf abgeschirmte Parteieliten, auf eine Republik, die sich gegenüber Forderungen nach mehr Demokratie abschottete, und auf eine Politikergeneration, die es sich zur Aufgabe gemacht zu haben schien, die »chaotischen Halbstarke« auf alle Fälle außen vor zu halten.¹⁴ Dies Anrennen gegen die geschlossene und ausschließende Große Koalition blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Bewegten. So war es nur konsequent, daß die deutsche Neue Linke sich zunächst nicht für eine Partizipation an der Macht erwärmte, während in USA ein Vietnamkriegsgegner und Aktivist sich längst auf hohe politische Ämter vorbereiten konnte (und inzwischen Präsident ist).¹⁵ Zwar gab es auch in der BRD den Marsch durch die Institutionen: in die Gewerkschaften, in die SPD, und die Jusos entwickelten, inspiriert von '68, ihre Doppelstrategie. Aber der Radikalenerlaß 1971 hat den Einzug der Linken in die Institutionen bald unterbunden, und konstituierte selbst wieder eine spezifisch deutsche Kränkung der 68er Generation, die wieder »draußen bleiben« sollte: diesmal wurde sie sogar von ei-

13 Schelsky sieht in einem FAZ-Artikel am 10. Dezember 1971 die APO-Generation bereits an der Macht. Vor allem in den Institutionen der Sozialisation hätten die »linken Radikalen« bereits weitgehend gesiegt und damit die strategisch zentrale 'Sinnvermittlung' bereits in der Hand. Vgl. auch Schelsky 1973.

14 So Antje Vollmer auf der Bilanz-Veranstaltung »1968 - Absichten, Erfahrungen, Auswirkungen« des Fachbereich Politische Wissenschaften, Freie Universität Berlin, 4./5. Juni 1993.

15 Daß die amerikanischen Bewegungen sich offeneren bzw. absorptionsfähigeren Institutionen gegenüber sahen, und daß die Linke schneller in Positionen politischer Verantwortung gelangen konnte, bedeutet keineswegs, daß damit die inhaltlichen Forderungen bereits umgesetzt wären. Die diffuse administrative Struktur des amerikanischen politischen Systems erlaubt auch hinreichend Spielraum, um substantielle Zugeständnisse zu vermeiden. Der Einbeziehung neuer Ansprüche entsprechen also keineswegs unbedingt Ergebnisse im politischen Prozeß. Vgl. bereits Alford/Friedland 1975.

ner Brandt/Scheel-Regierung ausgegrenzt, qua administrative Verordnung, ohne jede Auseinandersetzung.

1968 markierte auch in den USA den Zerfall bzw. das Einsetzen der Entmischungsphase der Studenten- und Antikriegsbewegung; während hier jedoch eine konservative Nixon-Regierung das Feinbild abgab, entmündigte eine preußisch-deutsche halb-linke Modernisierungspolitik die Zerfallsprodukte der deutschen 68er Bewegung. Bis auf sehr wenige zögerliche Ansätze auf kommunalpolitischer Ebene kam es in den 70er Jahren kaum zu einer Einbindung von Initiativen »von unten«.

So macht der Kontrast mit den USA deutlich, weshalb die deutschen Kämpfe um Redemokratisierung in Distanzierung von Sozialdemokratie und staatlichen Institutionen stattfanden: vor dem Hintergrund einer etatistischen Modernisierungspolitik waren die Auseinandersetzungen von gegenseitigen Feinderklärungen geprägt, Politik bedeutete Grabenkämpfe. Für die deutschen sozialen Bewegungen wurde schließlich die Kritik am (autoritären) Staat, eine ausgeprägte Antistaatlichkeit, und ein autonom gestimmter Eigensinn der Bewegungsszene zum Markenzeichen.¹⁶

Diese unterschiedlichen »politischen Chancenstrukturen« halten sich auch in den folgenden Phasen durch: die aus dem Zerfall des amerikanischen SDS hervorgehenden Weathermen (ein Pendant der deutschen Roten Armee Fraktion) werden bei weitem nicht so drakonisch verfolgt wie Deutschlands 'Terroristen'; sie sind vor vielen Jahren aus der Haft entlassen worden, weil der amerikanische Staat es sich gestatten konnte einzusehen, daß »halbe Kinder« gegen ihn angerannt waren. Nicht so der deutsche Staat, in dessen Politik auch in den 70er Jahren die Herstellung von »Stabilität und Ordnung« absoluten Vorrang hatte.

Die Konstruktion von '68 als Modernisierung

In der heutigen Beschäftigung mit '68 wird in Deutschland auf allen Seiten auf die Einmaligkeit und Außergewöhnlichkeit der Bewegung verwiesen, die einen *historischen Bruch* markierte und zur Modernisierung und Normalisierung der deutschen Gesellschaft und Politik beigetragen habe. Die amerikanischen Bewegungen der 60er Jahre verdichteten sich zwar auch zu einer massiven und mitreißenden Mobilisierung und führten einen Bruch mit der liberalen Weltsticht und dem legalen Rassismus der 50er Jahre herbei, aber sie reihen sich dennoch bescheidener ein in eine lange Tradition von 'grassroots movements', die immer wieder, im Lauf der amerikani-

¹⁶ Jede international vergleichende Studie sozialer Bewegungen, egal ob die deutschen Bewegungen mit amerikanischen, holländischen, französischen oder italienischen verglichen werden, hebt diese spezifische Anti-Staatlichkeit hervor. Vgl. z.B. Koopmans 1991.

schen Geschichte, die Verwirklichung der Prinzipien der amerikanischen Demokratie eingeklagt haben. Längst hat man sich in USA daran gewöhnt, daß soziale Bewegungen die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind.¹⁷ Schon Thomas Jefferson, der Begründer des 'American Dream', war der Meinung, daß »eine kleine Revolution ab und zu« einer Demokratie nur förderlich sein kann. Eine Folge dieser 'Normalität' ist aber auch, daß nicht - wie hierzulande - weitreichende Konsequenzen der Bewegung reklamiert werden. Niemand in USA würde beispielsweise von einer »Fundamentalliberalisierung« der amerikanischen Gesellschaft dank '68 sprechen. Das wäre absurd, denn es ist verbreitetes Allgemeingut, daß - um nur ein Beispiel zu nehmen -, obwohl in USA rassistische Diskriminierung weniger toleriert wird als in anderen weiß-dominierten Gesellschaften, Rassismus trotz der Erfolge der Bürgerrechtsbewegung nach wie vor ein gewaltiges Problem darstellt. So nannte Andrew Hacker sein jüngst erschienenes Buch über die Lage der Schwarzen in USA, in Anlehnung an die Ergebnisse des *Kerner Report* zum Aufstand in Watts 1965, *Two Nations: Black and White, Separate, Hostile, and Unequal*.

Auch in der deutschen Gesellschaft sollten die Kontinuitäten eigentlich nicht zu übersehen sein: zwar hat sich in mancherlei Hinsicht dank der 68er Revolte der Habitus im politischen Leben verändert, aber ziviler - wie so oft behauptet - ist die deutsche Gesellschaft mitnichten geworden. Von »Mehr Demokratie wagen« ist nichts übrig geblieben, Deutschland ist keine »offene« sondern eine geschlossene Gesellschaft, autoritäre Sozialcharaktere sind nicht zurück-¹⁸ sondern hervorgetreten. Dennoch präsentiert man sich, gerade im Kontrast mit USA, hierzulande gern als liberal und modern gewordene Gesellschaft. So wird z.B. der Verweis auf die Lage der Schwarzen in USA in der aktuellen deutschen Debatte häufig zur Selbststilisierung verwendet: wegen zunehmender Marginalisierungs- und gesellschaftlicher Spaltungstendenzen und sich ausbreitender Gewalt greift die Beschwörung von »Los Angeleser Verhältnissen« zum abschreckenden Zukunftsszenario, das es zu verhindern gelte. Transportiert wird dabei ein Bild der USA, wo gewalttätige und unmenschliche Ausgrenzungsformen, v.a. gegenüber Minderheiten, gang und gebe sind. So stimmig diese Kritik ist, kehrt sie doch gleichzeitig die massiven Diskriminierungsformen, die hierzulande noch immer *legal* sind, unter den Teppich. Daß in Deutschland Ausländer, auch solche, die seit Generationen hier leben, arbeiten, und die Gesellschaft mitgestalten, immer noch keine Bürgerrechte genießen, nicht einmal wählen können, ist zum Beispiel aus ameri-

17 Vgl. M. Lipsky 1968; Huntington 1981, S.111; und Lipset 1977, S.120ff.

18 So z.B. Leggewie 1988, S.14.

kanischer Sicht unverständlich und unakzeptabel. Heute haben wir in Deutschland einen Staat, der seine Minderheiten nicht vor Verfolgung und Angriffen zu schützen willens ist - so wie in den 50er Jahren der amerikanische Staat seine schwarzen Bürger im Süden noch nicht schützen wollte. Die Gewalt, die auch dort »aus der Mitte der Gesellschaft« ausgeübt wurde, löste die Freedom Summers aus und brachte schließlich die Bundesstruppen in den Süden, um den Schutz der politischen Rechte der Schwarzen zu garantieren. Seither wird offene rassistische Diskriminierung gesellschaftlich kaum toleriert;¹⁹ Einwanderungsgesetze regeln, daß Immigranten in den Genuß von Staatsbürgerrechten gelangen können, rassistisch Diskriminierte können sich auf Gesetze und für ihre Durchsetzung verantwortliche staatliche Institutionen beziehen.

In der Bundesrepublik dagegen von 'Modernisierung' zu sprechen, solange im Staatsbürgerrecht allein das ethnische Kriterium für Deutschsein gilt, solange Bürgerrechte also noch an Blutsbande geknüpft sind, erscheint einigermassen absurd. Von Liberalisierung zu sprechen, während sich sämtliche Großparteien nach rechts entwickeln, während der Staatsapparat auf dem rechten Auge deutlich blind ist und auf dem linken um so exzessiver den Repressionsapparat einsetzt, und wo nur in einer relativ kleinen Minderheitenkultur von neuen sozialen Bewegungen ein Hauch von Zivilgesellschaft spürbar wird, geht sicherlich an der Realität vorbei.

Vergleich der 68er Generationen

Möglicherweise ist das Verhalten der Alt-68er Generation mit dafür verantwortlich, wie '68 heute rezipiert und instrumentalisiert wird. Während sich hierzulande die Mehrheit der Alt-68er gern als Modernisierer selbstmythologisieren und ihre Einmaligkeit zelebrieren, gab es in den USA zwar einen ähnlichen Zerfall der Bewegung wie hierzulande in einerseits K-Gruppen und andererseits Akademisierung, jedoch haben die 'akademisierten' Ex-Aktivistinnen sich und ihre Aktivitäten immerhin in der Form ernst genommen, daß sie sich wissenschaftlich damit auseinandersetzten. Die damals vorherrschende Bewegungsforschung bot ihnen keine befriedigenden Erklärungsansätze für die erlebten Mobilisierungsprozesse. Weder ihr Entstehen, noch ihr Zerfall, noch ihre Rolle konnten sinnvoll mit den Annahmen von Anomie, Devianz, oder Irrationalität, die im 'Collective Behavior'-Ansatz von Smelser oder Turner/Killian zentral sind, erklärt werden. Mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der Erforschung

19 Dies bedeutet nicht, daß struktureller Rassismus nicht wirksam wäre; auch finden immer wieder rassistisch motivierte Übergriffe statt; jedoch weder die Gesetzeslage noch der öffentliche Diskurs bieten dafür Legitimationsgrundlagen.

der in ihr neu gestellten Fragen wurde schließlich ein neuer Theorieansatz entwickelt, der Schule machte und schließlich die traditionellen klassischen Ansätze verdrängte.²⁰ Auch in Frankreich und Italien begründeten einige der Alt-68er neue Ansätze der Bewegungsforschung, die die neuen Dimensionen dieser Bewegung adäquater reflektieren konnten. In diesem Zusammenhang geht es jedoch nicht um die Qualität neuer wissenschaftlicher Ansätze. Der Punkt ist nur der, daß in anderen Ländern aus dem Kreis der ehemaligen Akteure eine Reihe von selbstkritischen und distanzierten Beiträgen der Auseinandersetzung mit dieser Bewegung kam, deren Mangel in Deutschland auffällt. Weder produzierte '68 hierzulande eine Wiederbelebung der Bewegungsforschung,²¹ noch wurde die Geschichte des Zerfalls der Bewegung je geschrieben: in der Literatur finden sich nur die heroischen Aspekte von '68, die diversen schmerzlichen und peinlichen Entwicklungen sind allesamt verdrängt, die erfolglosen Parteigründungen und Entwicklung der K-Gruppen dethematisiert: blinde Flecken. Diese selektive Geschichtsschreibung läßt die tatsächlichen Demokratisierungsimpulse der deutschen 68er-Bewegung kaum recht aufscheinen, weil sie die eigenen Anteile an ihrer mangelnden Realisierung ignoriert.

Freilich wurden nur Teile der ehemaligen US-AktivistInnen Soziologie-Professoren; die meisten setzten ihre politische Praxis in vielfältigen Bewegungen, oft mit bescheidenerem Anspruch, fort. Wenn auch nicht mehr »die ganze Welt zuschaute«,²² so wurde hier doch die Anstrengung weiter geführt, die es erheischt, eine offene politische Kultur lebendig zu halten, gegen die enorme Macht der Verhältnisse 'dagegen zu halten'. Während sich die deutschen ehemaligen SDSler eher instrumentell oder gar nicht zu den in den frühen 70er Jahren entstehenden Bürgerinitiativen und ersten Ansätzen neuer sozialer Bewegungen verhielten, zeigen eine Reihe von Follow-up Studien in USA, was aus den ehemaligen 'Bank-Burners' von Santa Barbara, was aus den Freedom Summer-AktivistInnen von 1964 heute geworden ist.²³ Diese Studien fördern zutage, daß die ehemaligen AktivistInnen der Neuen Linken auch in den 70er und 80er Jahren weiter in grassroots-Organisationen arbeiteten, in ökologischen oder friedenspolitischen Gruppen aktiv sind, und daß viele von ihnen - wegen ihrer politi-

20 Der sog. Resource Mobilization-Ansatz, vgl. Jenkins 1983; Perrow 1979; Mayer 1991.

21 Erst die später einsetzenden neuen sozialen Bewegungen produzierten Akteure, die ihre Praxis auch wissenschaftlich ernst nahmen und in den 80er Jahren auch mit einem eigenen Theorieansatz in die internationale Debatte eingreifen konnten (vgl. Rucht 1991).

22 So der Titel eines Buches von Tod Gitlin, der Soziologie-Professor an der University of California in Berkeley geworden ist. Sein später erschienenes Werk *The Sixties* ist weniger ein Beitrag zur Bewegungsforschung als eine Art Autobiographie.

23 Zu ersteren siehe Whalen/Flacks 1989; zu letzteren McAdam 1988.

schen Prioritäten - auf Karriere und Reichtum verzichten.²⁴ Nicht nur inhaltliche, sondern auch persönliche Kontinuitäten werden in verschiedenen der neuen sozialen Bewegungen ausgemacht: in lokalen Gruppen der Frauen-, Ökologie-, oder Friedensbewegungen, in Stadtteilinitiativen oder »Direct Action Movements« tauchen immer wieder »Veteranen« der Sixties auf, die die Verbindung lebendig erhalten.

Demgegenüber gibt es eine ernstzunehmende biographische Forschung in der BRD nicht. Obwohl sicherlich Kontinuitäten in die diversen Aktivitäten der 70er Jahre hinein festzustellen wären, werden sie im gängigen Diskurs meist geleugnet: die Verbindung in die K-Gruppen, weil diese nicht erfolgreich waren, die in die Bürgerinitiativen, weil diese revolutionären Ansprüchen eigentlich nicht entsprachen, etc. Gegangene Irrwege werden verwischt, das heroische Bild der Einmaligkeit kann so plausibel aufrecht erhalten werden.

In ihrer 'Einmaligkeit' blieb die 68er Generation von den folgenden Bewegungszyklen und ihren Akteuren säuberlich abgetrennt, die Tradierung von Bewegungserfahrungen und Visionen war zunächst blockiert. Erst Ende der 70er Jahre treffen sich die 'Ehemaligen' wieder bei den Grünen und Alternativen Parteigründern, aber sie sind geschlagen. Von der herausfordernden Kritik, der provokativen Aktion und der konkreten Utopie ist kaum noch etwas zu spüren. Alle Seiten arbeiten seither an der Mythologisierung der deutschen 68er: bei den Konservativen werden sie zu den Verantwortlichen für den Rechtsextremismus erklärt (weil sie den Funktionsverlust der Familie verursacht haben), und bei den 'Progressiven' als Herolde der Modernisierung zelebriert.

Natürlich wird auch in den USA das Erbe von '68 für verschiedenste politische Zwecke instrumentalisiert, natürlich werden auch dort verhärtete Positionen im öffentlichen Diskurs eingesetzt - gegen die aber auch immer wieder angegangen wird.²⁵ Dennoch fällt es in den dortigen Auseinandersetzungen viel leichter, am Demokratieversprechen und an der konkreten Utopie, die in der Bewegung aufgescheitert ist, anzuknüpfen, ohne gleich in den Verdacht verbrecherischer Gewalt zu geraten und zwischen Hitler und Stalin eingeklemmt zu werden, aber auch ohne in Selbstmythologisierung zu verfallen. Die hiesigen Verarbeitungsformen haben es erschwert, die

24 Im Gegensatz zu den wenigen - aber in den Medien umso auffälliger präsentierten - Seitenwechslern wie z.B. Jerry Rubin, der zum Geld überlief, oder Collier und Horowitz, die zu den Neo-Konservativen wechselten und im Nachhinein nur destruktive Wirkungen der 60er Bewegung auszumachen instande sind (siehe Collier und Horowitz 1989).

25 Untersuchungen wie die von Whalen und Flacks wurden gerade deshalb unternommen, um in solche instrumentalisierenden Diskurse mit fundierten Positionen eingreifen zu können. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Sayres u.a. 1984.

Bedeutung des 68er Aufbruchs realistisch zu würdigen. Wie in den USA waren auch hier die Forderungen nach partizipatorischer Demokratie zentral. Zu einem gewissen Grad ist diese Saat auch aufgegangen und wurde gesellschaftlich verallgemeinert. Aber eine Fundamentalliberalisierung der deutschen Gesellschaft ist, wie wir heute wissen, erst noch zu erstreiten. Die Begrenztheit der gesellschaftlichen Wirkungskraft der deutschen 68er liegt, so will es scheinen, wohl auch am Realitätsverlust, der den Protestierenden durch die Ausgrenzung aus der Politik aufgeherrscht wurde, und an der Selbsttraditionalisierung, in die die Bewegung spätestens mit der Selbstliquidierung des SDS 1970 verfallen ist. Die Veränderungsziele und Visionen der Bewegung von 68, die unbequemen Fragen und die herausfordernde Kritik sind immer noch hochaktuell, wenn diese bundesrepublikanische Gesellschaft je demokratisch modernisiert werden soll.

Literatur:

- Alford, Robert A., Roger Friedland (1975): »Political Participation and Public Policy,« *Annual Review of Sociology* 1.
- Breines, Wini (1982): *Community and Organization in the New Left: The Great Refusal*, South Hadley.
- Breines, Winifred (1988): »Whose New Left?«, *Journal of American History*, September 1988.
- Collier, Peter, David Horowitz (1989): *Destructive Generation: Second Thoughts about the Sixties*. New York: Summit Books.
- Freeman, Jo (Hg.)(1983): *Social Movements of the Sixties and Seventies*. New York: Longman.
- Gitlin, Tod (1980): *The Whole World is Watching: Mass Media in the Making and Unmaking of the Left*. Berkeley: University of California Press.
- Gitlin, Tod (1987): *The Sixties. Years of Hope, Days of Rage*. New York: Bantam.
- Hacker, Andrew (1992): *Two Nations: Black and White, Separate, Hostile and Unequal*. New York: Scribners.
- Huntington, Samuel P. (1981): *American Politics: The Promise of Disharmony*. Cambridge: Harvard UP.
- Isserman, Maurice (1987): *If I Had a Hammer: The Death of the Old Left and the Birth of the New Left*. New York: Basic.
- Jenkins, Craig (1983): »Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements.« *Annual Review of Sociology* 9.
- Jenkins, Craig (1987): »Interpreting the Stormy 1960s: Three Theories in Search of a Political Age,« *Research in Political Sociology*, vol.3.
- King, Mary (1987): *Freedom Song: A Personal Story of the 1960s Civil Rights Movement*. New York: Morrow.
- Koopmans, Ruud (1991): »Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen und politisches System in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich,« in R.Roth/D.Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. Auflage), Bonn: Bundeszentrale f. politische Bildung.

- Leggewie, Claus (1988): »1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren,« *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20/88 (13.Mai).
- Lipset, Seymour Martin (1977): »Why No Socialism in the United States?« in: Seweryn Bialar/Sophia Sluzar (Hg.), *Sources of Contemporary Radicalism*, vol.I, Boulder: Westview Press.
- Lipsky, Michael (1968): »Protest as a Political Resource,« *American Political Science Review* 62/4.
- Mayer, Margit (1991): »Social Movement Research and Social Movement Practice: the U.S.Pattern,« in: Dieter Rucht (Hg.), *Research on Social Movements*. Frankfurt: Campus.
- McAdam, Doug (1988): *Freedom Summer*. New York: Oxford UP.
- Miller, James (1987): »*Democracy is in the Streets*«: *From Port Huron to the Siege of Chicago*. New York: Simon and Schuster.
- Perrow, Charles (1979): »The Sixties Observed,« in: M.N.Zald/J.McCarthy (Hg.), *The Dynamics of Social Movements*. Cambridge, Ma.: Winthrop.
- Rucht, Dieter (1991): »The Study of Social Movements in Western Germany: Between Activism and Social Science,« in: Dieter Rucht (Hg.), *Research on Social Movements*. Frankfurt: Campus.
- Sale, Kirkpatrick (1973): *SDS*. New York: Random House.
- Sayres, Sohnya, Anders Stephanson, Stanley Aronowitz, Fredric Jameson (Hg.) (1984): *Sixties Without Apology*. Minneapolis: University of Minnesota.
- Schelsky, Helmut (1973): *Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung*. München.
- Smelser, Neil (1963): *Theory of Collective Behavior*. New York: Free Press.
- Teodori, Massimo (1969): *New Left: A Documentary History*, New York: Bobbs-Merrill.
- Turner, Ralph, L.M.Killian (1957): *Collective Behavior*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Whalen, Jack, Richard Flacks (1989): *Beyond the Barricades: The 60s Generation Grows Up*. Philadelphia: Temple UP.
- Wolin, Sheldon S., John H. Schaar (1967): »Berkeley and the University Revolution,« *New York Review of Books* Feb 9, 1967.